



‘Jewish Questions’ in International Politics – Diplomacy, Rights and Intervention.
Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur, Leipzig, 12.06.2014—
13.06.2014.

Reviewed by Markus Kirchhoff

Published on H-Soz-u-Kult (February, 2015)

‘Jewish Questions’ in International Politics – Diplomacy, Rights and Intervention

„Jüdische Fragen“ waren im 19. und 20. Jahrhundert wiederholt Gegenstand internationaler Politik. Sie stellten sich hinsichtlich der Gewährung und des Schutzes von Rechten sowie angesichts von Kontexten und Ereignissen erheblicher Diskriminierung oder physischer Verfolgung. Mit der diasporischen Lage der Juden korrespondierte ein transnationales Engagement jüdischer Repräsentanten und Organisationen, die sich benachteiligter, bedrängter oder verfolgter Judenheiten des Auslands annahmen. Eine solche Diplomatie der Juden umfasste philanthropische Hilfe, die Generierung einer breiten Öffentlichkeit, Vorsprache bei der jeweiligen Regierung oder die Anrufung der internationalen Politik. Oft wiesen solche Initiativen auch einen universellen Charakter auf. Jüdische Diplomatie involviert wesentliche Aspekte der politischen Geschichte der Moderne, etwa hinsichtlich der Chancen und Grenzen von Philanthropie und humanitärer Intervention sowie der Geltung von Minderheiten- und Menschenrechten.

Die zu diesem Themenkomplex von Markus Kirchhoff (Leipzig) und Gil Rubin (New York) konzipierte und organisierte internationale Jahreskonferenz des Simon-Dubnow-Instituts versammelte 15 Vortragende aus den Vereinigten Staaten, Israel und Europa. Die Beiträge präsentierte sowohl neue Forschungen zu spezifischen Anlässen als auch eher weiter gefasste Überlegungen zur Diplomatiegeschichte der Juden. Die Konferenz könnte mithin als Grundlage eines erweiterten Austauschs mit Forschungen zur Geschichte der International Relations (IR) oder des Völkerrechts dienen.

Ausgangspunkt einer jüdischen Diplomatiegeschichte ist die Diaspora-Existenz als besonderes Merkmal der Geschichte der Juden. Dies hob DAN DINER (Leipzig/Jerusalem) einleitend hervor. Selbst für die moderne Geschichte der Juden sei es nicht ausgemacht, dass etablierte politische Semantiken der diasporisch geprägten jüdischen Kondition gänzlich entsprechen. Diner verwies auf die Kontinuität und Residuen einer nicht-erdgebundenen, nicht-territorialen Existenz der Juden, die vielmehr auf Text und (religiöse) Gesetz gründete. Als Zäsur betonte er den Kontext der Restitution nach 1945. Demnach konstituierten der Holocaust und die anhand des millionenfachen erbenlosen Eigentums ersichtliche Leerstelle die Juden in einer Weise als Kollektiv, als das sich die vielfältigen jüdischen Kulturen in den zwei Jahrhunderten zuvor nicht verstanden hatten.

Die vormoderne Geschichte der Juden vermag wesentliche Hinweise darauf zu vermitteln, dass bestimmte Formen von „Diplomatie“ geradezu konstitutiv bereits für die Jahrhunderte währende jüdische Diaspora-Existenz waren. Aus dem Kontext der Jewish Political Tradition (JPT, so die Abkürzung dieses bezügl. Forschung) gilt dies insbesondere für das Diktum *dina de-malkhuta dina* – das Recht des Königtums ist das Recht. MENACHEM LORBERBAUM (Tel Aviv/Jerusalem) erläuterte, dass dieses Prinzip nichtjüdisches Recht oder auch die Politik des nichtjüdischen Gemeinwesens legitimierte. Die Anerkennung externer Herrschaft ermöglichte der jüdischen

Gemeinschaft im Gegenzug, die eigene Lebenswelt neben dem gentilen Gemeinwesen autonom zu gestalten. Selbst das Aufgehen von Juden in die moderne Staatsbürgerschaft ließ sich gemäß des Prinzips *dina de-malkhuta dina* als Anforderung des Staates beständigen; allerdings bedeutete dies nun, wie Lorberbaum hervorhob, ein von Teilen der jüdischen Gemeinschaft durchaus schmerzlich empfundenes Ende jüdischer Autonomie.

Aus der Perspektive der neueren Geschichte ließe sich fragen, inwieweit das als (fiktive) Abkommen *dina de-malkhuta dina* gewissermaßen als vormoderne völkerrechtliche Konstruktion gelten kann. Dass sich Momente jüdischer politischer Tradition auch im 19. Jahrhundert erhielten, schien im Vortrag von ISRAEL BARTAL (Jerusalem/New Brunswick) zur *shtadlanut*, der traditionellen Färsprache, auf. Anhand der Ritualmordbeschuldigung von Yampol 1756, der Damaskus-Affäre 1840 und der Pogrome 1881–1882 in den südlichen Provinzen des Russischen Reiches verwies der Vortrag zum einen auf den immensen Wandel, der sich vom Gemeindegemeindeamt des *shtadlan* hin zu einer jüdischen Diplomatie vollzog. Zum anderen sei die intern gepflegte Sprache der Färsprache durchaus traditionell verblieben. Die jüdische Sorge um die „Glaubensgenossen“ im 19. Jahrhundert trug demnach Spuren der einstigen korporativen „Nation“ in sich.

Als wesentlicher Kontext jüdischer Diplomatie in der internationalen Politik kann das sogenannte Westfälische Staatensystem gelten. Gerade an „jüdischen Fragen“ lassen sich Defizite eben dieses Systems exemplifizieren, das unter anderem durch die doppelte Souveränität moderner Staaten nach innen wie außen und das Prinzip der Nichteinmischung gekennzeichnet ist.

MARKUS KIRCHHOFF (Leipzig) regte an, die Merkmale dieser sich im 19. Jahrhundert verdichtenden Staatenordnung als Grundlage von Erfolg und Grenzen jüdischer Diplomatie zu berücksichtigen. Hierzu stellte er den völkerrechtlichen jüdischen Herkunft Leo Gross (1903–1990) und dessen Aufsatz „The Peace of Westphalia, 1648–1948“ vor. Während dieser Artikel aus dem Jahr 1948 als Grundlagentext der Rede vom „Westfälischen Staatensystem“ gilt, ist er nie als „jüdischer Text“ verstanden worden. Kirchhoff zeigte dessen Anwendbarkeit auf jüdische Belange am Beispiel der bereits auf dem Wiener Kongress 1814/1815 international behandelten Emanzipationsfrage auf.

Die emanzipationsorientierte jüdische Diplomatie

passte sich im 19. Jahrhundert in das Europäische Konzert ein, um die Großmächte für ihre Anliegen zu gewinnen. Höhepunkt dieser Konstellation war der Berliner Kongress 1878, auf dem die Großmächte den neuentstandenen Staaten Südosteuropas die Gleichstellung der Juden auferlegten. Seitens des bald de facto anerkannten und somit souveränen Staats Rumänien wurde sie aber nicht umgesetzt. CARSTEN WILKE (Budapest) zeigte die Wirkung auf, die das jahrzehntelange Bemühen der Juden um die Rechte ihrer rumänischen Glaubensbrüder auf das Selbstverständnis jüdischer Aktivisten in verschiedenen Ländern – mittlerweile auch in Deutschland – hatte. Ihr lange währender Wettstreit stellt mithin eine formative Phase jüdischer politischer Organisation dar.

Diese liberale jüdische Diplomatie vermochte jedoch den Bedürfnissen jener Judenheiten nicht zu entsprechen, die sich beim Zusammenbruch der multinationalen Imperien in neuen, auf nationale Homogenität bedachten Staaten wiederfanden. MARCOS SILBER (Haifa) stellte die seit 1917 in den mittel- und osteuropäischen Staaten entstehenden jüdischen Nationalstaaten vor. Diese bildeten zunächst lokale ethnonationale politische Organisationen. Zur Zeit der Pariser Friedenskonferenz wandten sie sich an die internationale Diplomatie, um den Juden in den neuen Nationalstaaten ein gewisses Maß der Autonomie zu sichern. Der den neuen Staaten generell auferlegte Schutz der Minderheiten stellte immerhin einen Versuch dar, ein Gegengewicht zu Problemlagen des Systems souveräner Staaten zu etablieren.

Aufgrund jener universalen, über allein jüdische Belange hinausweisenden Aspekte einer Diplomatie der Juden mag auch von einem jüdischen Universalismus gesprochen werden. Allerdings besteht bei diesem Begriff die Gefahr erheblicher Unschärfen. Zu unterscheiden ist zwischen einer universalen Orientierung auf internationale Fragen und einem solchen Internationalismus, der jüdischen Belangen gilt. Überlagerungen beider Ausrichtungen erfordern eine weitere Differenzierung.

ABIGAIL GREEN (Oxford) bot in diesem Zusammenhang einen komparativen Überblick. Entlang einer Chronologie von 1840 bis 1948 sprach Green trotz spezifisch jüdischer Anlässe von einer ähnlichen Chronologie anderer Internationalismen. Jüdischer Internationalismus sei nicht zuletzt durch Interaktion und gegenseitige Befruchtung mit anderen internationalistischen Strömungen gekennzeichnet, insbesondere sol-

cher sozialistischer, liberaler und humanitärer Ausrichtung. Als Merkmal des jüdischen Universalismus erscheint demnach gerade seine Beeinflussung durch parallele Strömungen der Moderne.

SAMUEL MOYN (New York) argumentierte, die internationalistische Imagination der Juden im 19. Jahrhundert sei die Voraussetzung für die zionistische Vorstellung der Juden als eigene, moderne Nation gewesen. Heute greife ein ânormativerâ Ansatz den Internationalismus auf, um diesen dem Zionismus als ideologische Alternative entgegenzuhalten. Doch habe eben das jüdische transnationale Engagement zuvor selbst zur âErfindung eines jüdischen Volkesâ beigetragen.

JAMES LOEFFLER (Charlottesville) schlug vor, jüdischen Internationalismus mittels sechs konzeptueller Gesichtspunkte zu untersuchen. Diese zählte er zum einen zum Bereich jüdischer Politik â Sichtbarkeit, Repräsentation, Exzeption â, zum andern zum Gebiet des Rechts â Recht und Kultur, Recht und Souveränität, Recht und globale Gemeinschaft. Loeffler wandte das Projekt einer derart aufgeschlüsselten Taxonomie jüdischen internationalistischen Denkens anhand einiger Beispiele auf jüdische Diplomatie an, um zu einer genaueren Verständigung über deren unterschiedliche Aspekte und Kontexte beizutragen.

In der Zwischenkriegszeit verschärften sich für die Diplomatie der Juden jene Probleme, die sich mit der Entstehung neuer Nationalstaaten und dem Niedergang des Europäischen Konzerts abgezeichnet hatten.

Von der durch den russischen Bürgerkrieg und dem Zusammenbruch der Imperien bedingten Flüchtlingskrise waren nicht zuletzt osteuropäische Juden betroffen. JACLYN GRANICK (Genf) behandelte Strategien jüdischer humanitärer Organisationen, Flüchtlinge und Staatenlose zu unterstützen, eine starke Betonung ihrer Lage aber zu vermeiden. Die Tendenzen einer damaligen Abwehrhaltung weisen auf die erheblichen Probleme innerhalb der modernen Staatenwelt hin, auf Flüchtlingsfragen im Sinne der Betroffenen adäquat zu reagieren.

Zu Ende des Weltkriegs hatten sich erhebliche Hoffnungen mit dem internationalen Schutz der Minderheiten verbunden. DAVID ENGEL (New York) zeigte in seinem Vortrag über die Schwarzbard-Affäre 1926/1927, dass solche Hoffnungen längst verfliegen waren. Infolge des von Scholem Schwarzbard 1926 in Paris verübten Attentats auf den ukrainischen Exilführer Symon Petljura, den Schwarzbard für die Pogrome an den Juden

in der Ukraine 1919 verantwortlich machte, trat eine Popularisierung jüdischer Politik zutage, die sich vor allem in der jüdischen Presse Bahn brach. Engel wertete diesen âDruck der Straßeâ als Unzufriedenheit mit jüdischen Repräsentanten, die sich nun gegen ihren Willen gehalten sahen, selbst weit stärker öffentlich zu agieren.

Als Beispiel jüdischer Diplomatie der Zwischenkriegszeit stellte PHILIPP GRAF (Leipzig) die Bernheimer Petition von 1933 vor. Hier gelang es, im Namen des deutschen Juden Franz Bernheim dem Völkerbund eine Petition vorzulegen, die die Verletzung von Minderheitenbestimmungen des Genfer Vertrags von 1922 durch die neue antijüdische Gesetzgebung im deutschen Teil Oberschlesiens nachwies. Auf Geheiß des Völkerbunds ließ sich das NS-Regime dort tatsächlich auf eine Rücknahme antijüdischer Gesetzgebung ein â bis zum Ablauf des Genfer Abkommens im Jahr 1937. Als bezeichnend stellte Graf heraus, dass es sich bei diesem Erfolg gerade um eine Ausnahme handelte.

Mit Blick auf die Zeit sowohl nach dem Ersten als auch nach dem Zweiten Weltkrieg zeigte MIRIAM RÄRUP (Hamburg) anschaulich, dass Staatenlose in den Kategorien der modernen Staatenwelt geradezu die Gegenfigur zum akzeptierten Bürger oder Staatsangehörigen darstellen. Rärup ging unter anderem auf jene Überlebenden des Holocausts ein, die als jüdische Displaced Persons faktisch staatenlos waren und die Alliierten bei Kriegsende vor erhebliche Herausforderungen stellten. Die Einwanderung nach Palästina und die Annahme der israelischen Staatsangehörigkeit lassen sich entlang der Logik des âwestfälischenâ Staatensystems mithin als âNormalisierungâ jenes zuvor âirregulärenâ Status werten.

Mit der Katastrophe des Holocaust und der mit ihr einhergehenden Verlagerung der Zentren jüdischen Lebens nach Amerika und Israel sahen jüdische Politiker und Denker häufig keinen Sinn mehr darin, sich mit Fragen zu beschäftigen, die sie zuvor hinsichtlich der jüdischen Zukunft in Europa angetrieben hatten. GIL RUBIN (New York) zeigte dies am Beispiel des Historikers Salo Baron. Der historiographische Ansatz in den Arbeiten Barons sei in den Jahren 1917/1947 eng mit dem jüdischen Projekt verbunden gewesen, die Juden in Europa mittels internationaler Körperschaften und Mechanismen zu schützen. Rubin legte nahe, dass es die Desillusionierung dieser Hoffnungen war, die Baron danach veranlasste, sich ganz der Sozialgeschichtsschreibung der Juden zuzuwenden, für die er heute fast aus-

schließlich bekannt ist.

Mit der Staatsgründung Israels tritt ein neues Element in den Themenkreis der bis dahin allein diasporischen Diplomatie jüdischer Fragen ein. Diese Zäsur, die eine eigene Tagung rechtfertigen würde, wurde im Rahmen der Leipziger Konferenz eher implizit reflektiert.

Eine erhebliche Veränderung für die jüdische Philanthropie ging unterdessen auch von der Dekolonisation aus. Seit dem 19. Jahrhundert hatten sich westliche jüdische philanthropische Organisationen in Nordafrika und im Vorderen Orient im Gefolge europäisch-imperialer Strukturen engagiert, um insbesondere das Bildungsniveau ihrer Glaubensgenossen zu heben. NATHAN KURZ (New Haven) zeigte am Beispiel des französischen Marokko, dass jüdische Organisationen die Dekolonisation im Prinzip nicht ablehnten, diese mit Blick auf die örtlichen Juden aber mit erheblicher Beklemmung sahen. So habe man geradezu als „Wundermittel“ auf eine amerikanische Hegemonie oder eben das staatliche Potential Israels angesichts einer ungewissen jüdischen Zukunft in unabhängigen muslimischen Staaten gehofft.

Mittlerweile als Präzedenzfall einer „neuen Moral“ in der internationalen Politik (Elazar Barkan) gilt die sogenannte Wiedergutmachung, wie sie 1952 in den Luxemburger Abkommen zwischen der Bundesrepublik unter Adenauer einerseits und dem Staat Israel sowie der Claims Conference andererseits ausgehandelt worden war. CAROLE FINK (Columbus) rückte diesen Gegenstand jüdischer Diplomatie noch einmal an die Gegenwart heran: 1969 initiierte der mittlerweile 75-jährige Nahum Goldmann als Präsident der Claims Conference ein neues Abkommen für etwa 20.000 Juden, viele von ihnen Holocaust-Überlebende, die die Sowjetunion und Osteuropa nach 1965 verlassen hatten und vom Luxemburger Abkommen ausgeschlossen waren. Die langen und schwierigen Verhandlungen mit Bonn – Fink beleuchtete die komplexen Strategien Goldmanns und seiner deutschen Gegner und Verhandlungspartner – führten 1980 zum Härtefond, aus dem bis heute Pauschalsummen an Anspruchsberechtigte gezahlt werden.

Anhand der Konferenzbeiträge tritt jüdische Diplomatie in ihrer diasporischen Formation als Ausdruck transnationaler Solidarität der Juden hervor. Ob ihre Anliegen in der internationalen Politik Gehör fanden, schwankte entsprechend der jeweiligen Ära sowie der Agenda der Mächte. Gerade im Ersten Weltkrieg wiesen die verfeindeten Lager, insbesondere England und Deutschland, den Juden auf recht eigenwillige Weise politische Bedeutung zu. Der damit einhergehende jüdische Einfluss, etwa Chaim Weizmanns auf die Entstehung der Balfour-Deklaration, schwand in der Zwischenkriegszeit nahezu gänzlich. Selbst nach dem Holocaust wurde als jüdisch vorgebrachten Anliegen seitens der internationalen Politik selten größerer Raum gewährt. Anders verhielt es sich mit universal formulierten völkerrechtlichen Vorstößen, so der von Raphael Lemkin initiierten Genozidkonvention und der zu größeren Teilen von René Cassin verfassten Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen (1948). Ein Desiderat bleibt die verstärkte Wahrnehmung der Forschungen zum Themenkomplex jüdischer Diplomatie außerhalb der jüdischen Studien. Umgekehrt erscheint aber auch eine weitergehende Rezeption benachbarter Disziplinen seitens der Forschungen zur jüdischen Diplomatie sinnvoll.

Konferenzübersicht:

Markus Kirchhoff (Leipzig)/Gil Rubin (New York), Welcome

Dan Diner (Leipzig/Jerusalem), Introduction

Tradition and Modernity

Menachem Lorberbaum (Tel Aviv/Jerusalem), The Diasporic Predicament: The Law of the Kingdom is Law

Israel Bartal (Jerusalem/New Brunswick), Transforming Jewish Politics: From *shtadlanut* to Diplomacy

Modern Conjectures

Markus Kirchhoff (Leipzig), Against the Backdrop of Westphalian Order: Leo Gross, the Congress of Vienna and the „Jewish Question“

Carsten Wilke (Budapest), Competitive Advocacy: The Romanian Committee of Berlin and the Alliance Israélite Universelle, 1872–1878

Marcos Silber (Haifa), Politics of Interim: The Jewish National Councils 1917–1919

Internationalisms

Abigail Green (Oxford), What was different about Jewish internationalism?

Samuel Moyn (New York), Two Concepts of Jewish Internationalism: From the Normative to the Structural

James Loeffler (Charlottesville), „How We Imagine the Future World: Rethinking Internationalism in Jewish Political and Legal Thought“

Interwar

Jaclyn Granick (Genf), *Shifting as the Sands: Jewish Refugee Relief after WW I*

David Engel (New York), *The Elite and the Street: Jewish Diplomacy before and after the Schwarzbard Affair, 1926/27*

Philipp Graf (Leipzig), *The Bernheim Petition 1933 â Probing the Limits of Jewish Diplomacy*

Neglected Experiences

Miriam R  rup (Hamburg), *(Re)defining Citizens:*

On the Status of Statelessness after Two World Wars

Gil Rubin (New York), *Jewish History as International History: Salo Baron between Politics and Historiography*

Constraints of Statehood

Nathan Kurz (New Haven), *The Jewish Politics of Decolonization: The Case of French Morocco*

Carole Fink (Columbus), *Negotiating after Negotiations: Nahum Goldmann and West Germany, 1969â1974*

Concluding Discussion

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Markus Kirchhoff. Review of , *'Jewish Questions' in International Politics – Diplomacy, Rights and Intervention*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. February, 2015.

URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=43554>

Copyright © 2015 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.